

„In betenden Händen sind Waffen gut aufgehoben.“

Wie staatstreu sind die Kirchen in der Friedensfrage?

von Peter Bürger

Ab 1928 verbreitete der katholische Priester Joseph C. Rossaint, Kaplan in Oberhausen und später Düsseldorf, an Bäumen und Straßenecken kleine Zettel mit Antikriegsbotschaften aus der Bibel. 1933 gehörte er zu den Mitgliedern des Friedensbundes deutscher Katholiken, die anders als die deutsche Bischofskonferenz gegen den Boykott jüdischer Geschäfte protestierten. Anfang 1937 wurde er in Berlin im so genannten Katholikenprozess wegen Wehrkraftersetzung und Kontakten zu Kommunisten verurteilt. Die Kirche ließ ihn kalt stehen. Im ganzen Jahrzehnt seiner Haft hat ihn kein einziger Kleriker des Bistums Köln besucht. Nach 1945 sollte er nur dann eine Pfarrstelle erhalten, wenn er den Kontakt zu seinen einzigen Helfern, den kommunistischen Mithäftlingen aus dem Nazigefängnis, abbrechen würde. Ähnlich wie Rossaint sehen heute friedensbewegte Christen angesichts des Rüstungskomplexes und der Politik neue Kriege mit deutscher Beteiligung kommen. Wie Rossaint werden sie belächelt oder auch beschimpft ob der kleinen Zettel an Bäumen und Straßenecken.

I. Was ist aus der Ökumene für den Frieden und aus der ökumenischen Ächtung des Krieges geworden?

Nun hat sich seit 1945 – nicht nur durch die Charta der Vereinten Nationen – doch vieles verändert. Von Amsterdam (1948) bis hin zu Vancouver (1983), Basel (1989) und Seoul (1990) hat sich der ökumenische Konsens gefestigt, der Krieg sei als Verbrechen aus der Welt zu schaffen. Spätestens seit Johannes XXIII. hat die katholische Weltkirche verstanden, dass überkommene Traditionen auf das Phänomen des modernen Krieges nicht mehr angewendet werden können.

In der Bundesrepublik Deutschland haben sich die beiden Großkirchen während des Kalten Krieges jedoch weiterhin sehr staatstragend verhalten. Speziell die katholische stand Adenauers Wiederbewaffnungsprojekt tatkräftig zur Seite und ließ noch vor wenigen Jahrzehnten Unerhörtes zur Atomwaffenfrage verlauten. Viel kritischer und mutiger waren die beiden

Kirchen in der DDR. Sie fanden keinerlei Rechtfertigungsgründe dafür, das – bis zur Stunde anhaltende – Abschreckungssystem mit Massenvernichtungswaffen und potenzieller Totalzerstörung aufrecht zu erhalten. Sie bescheinigten Kriegsdienstverweigerern ohne Wenn und Aber ein Zeugnis für das Evangelium und sahen im Ideal der Gewaltfreiheit die Vernunft am Werk. Die *Ökumenische Versammlung von Dresden* (1989) befand schließlich, es sei an der Zeit, den Krieg durch gewaltfreie Formen der Konfliktlösung und politische Strategien restlos zu ersetzen. Die hier vollzogene Absage an die Doktrin vom „gerechten Krieg“ entsprach dem breiten Bekenntnisstand der Weltökumene.

Leider hat das ökumenische Vorgehen der DDR-Christen in der Friedensfrage hierzulande nach der Wiedervereinigung nicht Schule gemacht. Wohl aufgrund eines sehr geringen Kirchensteueraufkommens sind die Kirchenstimmen aus den „neuen Bundesländern“ heute nur leise im Gesamtkonzert vertreten. Von den Inspiratoren der Ökumenischen Versammlung von Dresden hört man öffentlich nichts mehr. Das Leitbild des „gerechten Friedens“ ist aber im wiedervereinigten Deutschland aufgegriffen worden. Ich frage in meinem Beitrag, ob dem denn auch die Substanz kirchlicher Verlautbarungen und die kirchliche Praxis in der Friedensfrage entsprechen.

II. Aggressive Weltwirtschaftsordnung, Überlebensfragen der Zivilisation und „Gerechter Friede“

Papst Paul VI. (1963-1978) hat in seiner Enzyklika vom „Fortschritt der Völker“ eine Wirtschaftsordnung verurteilt, die im blinden Glauben an die Kräfte des freien Marktes den Profit zum obersten Motor erhebt. Seit über zwei Jahrzehnten hat sich nun das denkbar aggressivste aller Wirtschaftssysteme selbst heilig gesprochen. Die reichen Zentren der Erde diktieren für den ganzen Globus die Spielregeln. In unseren Gesellschaften werden alle Lebensbereiche unter dem Gesichtspunkt des Profits neu organisiert.

Die Geschichte lehrt uns, dass eine Welt ohne Krieg unter den Bedingungen einer

brutalen Konkurrenzwirtschaft nicht zu haben ist. Das himmelschreiende Ungleichgewicht auf der Erde und innerhalb unserer Gesellschaften lässt sich ohne Gewalt und Zwang überhaupt nicht aufrechterhalten.

Die neue Weltkriegsordnung, als Produkt und Instrument der Weltwirtschaftsordnung ist allerdings in erster Linie ein *Krieg gegen die Armen*, was z.B. das Bischofswort „Gerechter Friede“ (2000) im Grunde auch sagt. Wo dieser Zusammenhang in kirchlichen Friedensdenkschriften nicht in den Vordergrund rückt, bleibt jedes Friedensvotum leeres Gerede. Die Maxime von Paul VI. lautete: „Die Wirtschaft hat einzig und allein dem Menschen zu dienen.“ Die Visionen dieses Papstes sind aktueller denn je. Doch sie werden nicht mehr gehört. Die deutschen Großkirchen haben sich, wie Norbert Blüm klagt, mit dem „Neoliberalismus“ gut arrangiert. In Sozialfragen äußern sich vorzugsweise Kirchenfunktionäre mit Akademiker- bzw. Professorengelähtern, für die unser System gut funktioniert. Alle Pfarrer sind z.B. zwangsweise in der privaten Krankenkasse und erhalten so wenig Einblick in die betrübliche Lage unseres Gesundheitssystems. Die weltweite Bewegung „Wirtschaft für das Leben“ wird hierzulande ernsthaft vor allem von christlichen Basisgruppen mitgetragen. Leider bleibt auch in diesen Kreisen der Zusammenhang mit Remilitarisierung und Krieg oft unterbelichtet.

III. Geschichtserinnerung und Gegenwart

Ein Kriterium für die offizielle Friedensethik der Kirchen ist der Umgang mit der – eigenen – Geschichte.

1. Drei frühkirchliche Jahrhunderte der Gewaltfreiheit

In großer Einmütigkeit bezeugen kirchliche Schriftsteller der ersten drei Jahrhunderte eine Unvereinbarkeit zwischen dem christlichen Glauben (Taufe) und dem Kriegshandwerk. Weniges ist in Theologie, Kirchendisziplin und Sakramentenordnung so eindeutig wie diese Absage. Gegenteilige Belege lassen sich nicht anführen! (vgl. *Bürger* 2005 und 2006)

In Kirchengeschichten und auch in neueren Arbeitshilfen zur „Friedensarbeit“ werden die Befunde, so sie überhaupt Erwähnung finden, bis heute mit fadenscheinigen Argumenten abgekanzelt. Vornehmlich sei es bei der frühchristlichen Kriegsdienstverweigerung um heidnische Riten, religiösen Kaiserkult, unzulässige Eidesformeln etc. oder andererseits z.B. um ein falsch verstandenes Blut-Tabu bezogen auf das allgemeine Priestertum der Christen gegangen. Tatsächlich aber haben die



frühen Kirchenschriftsteller eine fundierte Kritik des Krieges aus christlicher Sicht vorgelegt. Sie halten es für eine Ideologie, die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens im Zivilleben zu behaupten und sie im Krieg willkürlich für gegenstandslos zu erklären. Sie entlarven den Zauber des Militarismus. Klarsichtig werden von ihnen auch die ökonomische Triebfeder des Kriegsapparates und – bei Laktanz – die Ideologie der nationalen Interessenssicherung benannt. Unter zielsicherer Berufung auf die Prophetenbücher der hebräischen Bibel entwerfen die Theologen der Alten Kirche – als Alternative zur kriegerischen Weltordnung – einen kompromisslosen Internationalismus. Wenn sie die Christen als die erste Generation eines gewaltfreien Menschengeschlechts verstehen, geht es ihnen um eine Perspektive bzw. Strategie für die gesamte Zivilisation.

Nun findet man z.B. im löblichen Bischofswort „Gerechter Friede“ (2000) einen Hinweis darauf, dass die Anschauungen eines Augustinus und die der Bibel zwei verschiedene Paar Schuhe sind. Vom frühkirchlichen Pazifismus vermittelt das lange Papier aber keine leise Ahnung.

2. Deutsche Kriegstheologie in zwei Weltkriegen

„1700 Jahre christlichen Terrors und Gemetzels“, so Pater Zabelka, der US-ame-

rikanische Seelsorger für die ersten Atom-bomberbesetzungen, „mussten schließlich zum 9. August 1945 führen“. Die Befunde in der Geschichte Deutschlands sind am traurigsten, denn nirgendwo anders ist das Christentum in solchem Ausmaß einer „Kaiserhoftheologie“ verfallen. Das deutsche Kirchentum beider Konfessionen zeigte im 20. Jahrhundert keine Scheu, den Drahtziehern von zwei Weltkriegen und ihren Militärapparaten den feierlichsten Segen zu erteilen. Deutsche Kriegstheologie stand im amtlichen Protestantismus des Kaiserreiches zeitweilig an erster Stelle. Nicht minder waren die römisch-katholischen Bischöfe dem protestantischen Kaiser willfährig. Hernach wurden Hitlers Nationalismus und Krieg erneut von den Bischöfen beider Konfessionen unverdrossen und eifrig gutgeheißen. Das röm.-kath. Episkopat und die evangelische Kirchenobrigkeit stellten den Gläubigen die Beteiligung am Hitlerkrieg *fast ausnahmslos* als Christenpflicht und den Hitler-Eid als bindend dar.

1945 hätte dies zur Selbsterkenntnis führen müssen: Das deutsche Christentum war restlos bankrott. Doch über Nacht galten die Kirchen wieder als maßgebliche Moralinstanzen. Selbstgefällig liest man seitdem in schön gestalteten und literarkritisch edierten Ausgaben der Werke Dietrich Bonhoeffers. Die historische Erforschung der aktiv kriegsförderlichen Rolle der Kirchen

in *zwei* Weltkriegen ist recht weit gediehen. Doch in kirchlichen Friedensdenkschriften werden die unbequemen Ergebnisse nicht nachvollziehbar aufgegriffen. Bis heute findet man z.B. in den Verlautbarungen der deutschen Bischofskonferenz sogar den entschuldigenden Hinweis, man habe es ja im „Dritten Reich“ immerhin mit einer rechtmäßigen staatlichen Obrigkeit zu tun gehabt. (Bürger 2005, 88f)

3. Folgen des kirchlichen Gedächtnisverlustes in der Gegenwart

Die Gegenwartsfolgen der kirchlichen Amnesien sind unübersehbar. (Bürger 2005, 80ff) Die im Gefolge der Lehre vom „gerechten Krieg“ entwickelten Häresien (z.B. Aussagen über ein sittlich neutrales instrumentelles Töten) sind noch immer nicht aufgearbeitet. Die alten Verdammungen der gewaltfreien Christen – z.B. in der Augsburger Bekenntnisschrift (Art. 16) – sind bis heute nicht aufgehoben und werden in Gesangbüchern weiter abgedruckt. (epd 2005) Christliche Pazifisten werden – anders als bei vielen Bischöfen der ehemaligen DDR oder der USA und z.B. beim UNO-Vertreter des Vatikans unter Paul VI. – in den deutschen Großkirchen noch immer als Außenseiter betrachtet. Während man den Soldaten überwiegend eine ehrenvolle Aufgabe bescheinigt und erst zaghaft den Militärdienst als Gewis-



sensfrage thematisiert, will man die Kriegsdienstverweigerer vor allem „beschützen“.

Entsprechend sind die Prinzipien aktiver Gewaltfreiheit in kirchlichen Papieren nur selten wirklich angekommen. Unter dem Begriff des „gerechten Friedens“ müssten sie jedoch den Kern kirchlicher Aussagen ausmachen.

Die von den Nazis eifrig gepflegte preußische Tradition des Militärrituals ist nach zwei Weltkriegen immer noch nicht verschwunden und wird neuerdings verstärkt in den zivilen Lebensraum unserer Städte verlagert. Zum feierlichen Gelöbnis bzw. Zapfenstreich spielt die Militärkapelle immer auch einen religiösen Choral („Ich bete an die Macht der Liebe“). Die Soldaten erhalten den Befehl „Helm ab zum Gebet!“. Der Staat zwingt hierbei „Bürger in Uniform“ zu religiösen Gesten bzw. Handlungen. Mir ist bislang kein kirchlicher Einspruch dagegen bekannt, dass der Staat zu Zwecken einer öffentlichen Werbung für das Militär Symbole des Glaubens missbraucht. In Köln segnet Kardinal Meißner die Verfeierlichung des Soldatentums mit der Weisheit „In betenden Händen sind Waffen gut aufgehoben.“

IV. Was tut sich in Deutschland und Europa – Was sagen die Kirchen?

In den USA wenden sich kritische Christen und US-Kirchen, die weltweite ökumenische Freundschaft pflegen, vornehmlich

an die Adresse der *eigenen* Regierung. Ich halte es für eine entscheidende Anfrage an Autoren deutscher Kirchenpapiere, ob sie es ebenso halten. Hierzulande gegen die US-amerikanische Regierung zu schimpfen, dazu gehört heute kaum noch Mut. *Vor Ort* die politische Auseinandersetzung nicht zu scheuen, das allerdings ist ohne Konflikte nicht denkbar.

1. Zurückhaltung beim kriegsfreundlichen Programmwechsel der Volksparteien

Bei Fragen wie dem Paragraphen 218 und der so genannten Homoehe haben Kirchenleute keine Scheu, sich in die parteipolitische Debatten einzumischen. Bezogen auf den „sicherheitspolitischen“ Programmwechsel beider Volksparteien, der mit der Aussage von Peter Struck über die Notwendigkeit der *Verteidigung unserer Freiheit am Hindukusch* zusammengefasst werden kann, wird jedoch eine Zurückhaltung geübt, die *sehr* erklärungsbedürftig ist. Schon die Konfessionen die ihnen jeweils nahe stehende Partei? Der äußerst weit gespannte „Sicherheitsbegriff“ im Koalitionsvertrag der derzeitigen Regierungsparteien ist offen für mancherlei „Transformationen“. Umso dringlicher erscheint es, die friedensethische Orientierung der Großkirchen – bezogen auf ihre Glaubwürdigkeit und die Fähigkeit zum Widerspruch – zu befragen.

2. Die neuen Zielvorgaben in westlichen Militärdoktrinen

Die neuen Zielvorgaben in westlichen Militärdoktrinen sind die Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung, die Verteidigung des Wohlstands, der „Schutz vor illegalen Immigranten“ und die nationale und regionale „Interessensicherung“.

Das Gesamtprogramm findet man in Schriften von Parteistiftungen, Vorlagen öffentlich geförderter „Denkfabriken“, Ministerreden und Militärdoktrinen. Die Kirchen können sich nicht länger davor drücken, diese Dokumente nach *gründlicher Sichtung* zu zitieren und eindeutig Stellung zu beziehen.

3. Schweigen zur Aushebelung unseres Grundgesetzes?

Die Bestimmungen unserer Verfassung werden seit Jahren mit Rekordgeschwindigkeit vernebelt. Mit großem Ernst schreibt unsere Verfassung den Dienst am Frieden als Kern bundesdeutscher Staatlichkeit fest (Präambel). Die Ächtung aller Angriffshandlungen durch die UN-Charta ist gemäß Art. 25 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland bindendes Recht. Demgegenüber beruft sich die Bundesregierung für Auslandseinsätze der Bundeswehr mit einer (äußerst umstrittenen) Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. Juli 1994 zu „out-of-area-Ein-

sätzen“ auf GG Art 24 Abs. 2 (kollektives Sicherheitssystem). Regelrecht zynisch antwortet inzwischen der Generalbundesanwalt auf kritische Rückfragen. Er teilte in einem Brief an die „Kooperation für den Frieden“ vom 21. Januar 2006 mit: „Nach dem eindeutigen Wortlaut der Vorschrift [Art. 26 GG; § 80 StGB] ist nur die Vorbereitung an einem Angriffskrieg und nicht der Angriffskrieg selbst strafbar, so dass auch die Beteiligung an einem von anderen vorbereiteten Angriffskrieg nicht strafbar ist“. (zit. Friedensforum 1/2006, 4)

Die neuen Töne, flankiert von Meldungen des Jahres 2005 über höhere Bundeswehretats für Leichenrückführungen, beunruhigen auch Soldaten und Soldateneltern. Wie fällt das Engagement der Kirchen zugunsten der Friedensstaatlichkeit aus? Was sagen sie zu einem militärischen „Verteidigungsbe-griff“, der bis zum Hindukusch langt und keine Grenze mehr kennt? Nehmen sie Stellung zu dem Umstand, dass junge Menschen sich immer häufiger aufgrund von Arbeitslosigkeit beim Militär verpflichten und gefährliche Auslandseinsätze in Kauf nehmen, weil es äußerst attraktive, steuerfreie Tageszulagen zwischen 50 und 100 Euro dafür gibt? Zeigen sie sich von Ängsten der Soldaten und ihrer Angehörigen berührt?

4. Ausbleibende Kritik an Kriegen mit deutscher Beteiligung

Seit anderthalb Jahrzehnten ist Deutschland in eine ganze Reihe kriegerischer Unternehmungen verwickelt.

Es hat jedoch keinen nennenswerten – und zeitnahen – kirchlichen Einspruch gegeben. Die Regel: *Wenn der gesellschaftliche Konsens und der Medien-Mainstream z.B. Anti-Irak-kriegs-Demonstrationen gut finden, sind Kirchen auch mit ihrer kirchensteuerfinanzierten Logistik mit im Boot. Wenn Kritik an der Politik des eigenen Landes dringend notwendig wäre, schweigen sie.* Noch schlimmer: Der neu gewählte Präses der Rheinischen Landeskirche Nikolaus Schneider, bei friedensbewegten Christen hoch angesehen, predigte am 27. Januar 2003 in Düsseldorf noch vor seinem Amtsantritt: „Zu 98% haben die Pazifisten recht“ – sagte Karl Barth einmal. [...] Die Kriegserklärungen der Alliierten gegen Deutschland gehörten zu den 2 %, wie vielleicht auch die militärische Gewalt auf dem Balkan und in Afghanistan.“ (Schneider 2003) Diese als Argument gegen einen Angriffskrieg im Irak formulierte Mutmaßung erfolgte ohne Anfrage und ohne jegliche Notwendigkeit. Bezeichnenderweise dreht es sich bei den hier thematisierten neueren Kriegen, denen ein mögliches „Gerechtein“ zugebilligt

wird, wieder um Kriege mit *bundesdeutscher* Beteiligung.

5. Nachbeten der offiziellen Propaganda zur Europa-Architektur

Die Militarisierung der EU wurde im Raum der Kirchen mit Argumenten einer EU-Werbekampagne beschönigt. (Anders allerdings: *EKiR* 2005, 55-57!) Aus der EKD-Kammer für Öffentliche Verantwortung, die mit der Erarbeitung einer neuen EKD-Friedensdenkschrift befasst ist, war z.B. zu hören: Der EU-Verfassungsvertragsentwurf „räumt der Sicherung des Friedens hohe Priorität ein. Die Errichtung einer Verteidigungsagentur und die angezielte ‚Verbesserung militärischer Fähigkeiten‘ meinen nicht notwendig Aufrüstung und sind flankiert durch die Erwähnung [sic!] der zivilen Komponente der Friedenssicherung.“ (Pausch 2005) Die Kirchen dürfen einer Friedenspräambel jedoch nur dann Vertrauen schenken, wenn die „zivile Komponente“ nicht nur erwähnt wird, sondern auch überzeugend *ausgeführt* ist. Nichtmilitärische Friedenssicherung darf schließlich nicht bloß eine „Komponente“ sein, sondern muss als ein vom Militärischen unabhängiges Programm gestaltet werden. Minimalvoraussetzung wäre die institutionelle und personelle Absicherung eines *rein* zivilen Programms der Kriegsprävention und Friedensförderung. Entsprechende Budgets müssten den Rüstungshaushalten *zumindest* gleichgestellt sein.

V. Die Kirchen, der so genannte Antiterror-Krieg und der antiislamische Kulturkampf

Nun sollte man meinen, die Kirchen starteten nach dem guten Vorbild von Johannes Paul II. innerhalb der laufenden UNO-Dekade „Kultur der Gewaltfreiheit und des Dialogs“ eine Bewegung für Freundschaft und Akzeptanz.

Kardinal Lehmann versagt – vielleicht aus Unachtsamkeit – 2006 Friedrich Merz bei der Aachener Ordensverleihung wider den tierischen Ernst nicht seinen Beifall. Der katholische Politiker Merz hatte zuvor türkischen Geflügelzüchtern unterstellt, sie würden lieber ihre Hühner als ihre Frauen behalten. EKD-Bischof Wolfgang Huber hat sich wiederholt mit islamkritischen Äußerungen profiliert, die als willkommenen Unterstützung für das Kulturkampfparadigma gewertet werden konnten. Gewarnt wird vor einer Kuschelökumene mit der dritten abrahamischen Religion. In Rom hat es jüngst ein Gelehrtenkongress gar unternommen, die christlichen Kreuzzüge zu rehabilitieren. Es gibt rühmliche Ausnahmen in beiden Großkirchen, darunter z.B. engagierte Dialogbeauftragte in den

evangelischen Kirchen, das katholische Büro in Düsseldorf, einen Weihbischof in München oder den Kölner Interreligiö-Cup 2006. Doch im Ganzen werden die gewalt- und kriegsförderlichen Dimensionen des gegenwärtigen „Kulturkampfes“ noch nicht in ihrer Tragweite erkannt. Nach der jüngsten Heitmeyer-Studie „Deutsche Zustände“ sind religiöse Bürger übrigens vorurteilsbeladener gegenüber Muslimen oder Juden als andere.

VI. Ausbleibende Klärungen: Theologie und „christliches Menschenbild“

Der christliche Kulturkreis hat in ein-einhalb Jahrtausenden das Handwerk des Krieges und der Massenvernichtung zur höchsten Perfektion getrieben. Das moderne totale Kriegführen ist nirgendwo anders als auf dem Boden der „christlich“ geprägten Kultur entstanden. Gegenwärtig ist die „christliche Welt“ – versehen mit dem Instrument eines christlichen Fundamentalismus – noch immer Hauptmotor der rasanten Remilitarisierung auf dem Globus. Soweit ich sehe, lässt sich die christliche Theologie von alledem nur wenig erschüttern.

In kirchlichen Denkschriften wird insbesondere ein verzerrtes Menschenbild der eigenen Tradition überhaupt nicht reflektiert. In der platten Vermittlung des *westlichen* Christentums erscheint der Mensch wie ein von Natur oder Geburt aus böses Wesen. Die Rede ist im Zusammenhang der Friedensdiskussion z.B. von einer „abgründigen Bösartigkeit der menschlichen Natur“ (Pausch 2005). Es wird nicht gefragt, unter welchen leibhaftigen und seelischen *Bedingungen* denn Menschen schön sein können oder hässlich werden. Das Bild des verderbten und madigen Menschen arbeitet den unterschiedlichen hobbistischen Ideologien des Krieges regelrecht zu. Diesen zufolge ist der Mensch per se ein Wesen, das zum gegenseitigen Kampf drängt. Diesem tragenden Menschenbild der Kriegspropaganda – und des Kapitalismus – entsprechend lässt sich die Welt auch nur mit militärischer Logik und militärischen Instrumenten in Ordnung halten. Wenn Autoren kirchlicher Friedentexte heute auf die biblisch durchschauten Gewaltpotenzen des Menschen zu sprechen kommen (Gen 6,5), müssen sie eine sorgfältige Abgrenzung zum Hob-bismus vornehmen. Die ausgearbeitete Unterscheidung existentiell-individueller, anthropologischer, sozial-kultureller und zivilisatorischer Dimensionen gegenüber der gefährlichen Pauschalrede vom „bösen Menschen“ ist unabdingbar. (vgl. Bürger 2005, 145ff)

Zu allem Überdross gibt es schließlich Sozialethiker auf theologischen Lehrstühlen, die ausdrücklich die *Lehre vom gerechten Krieg* rehabilitieren möchten. (vgl. kritisch dazu: *Huber* 2005) Diese Ideologie hat sich in den USA – ungebrochen auch nach mehreren Millionen toten Zivilisten im „Vietnamkrieg“ – ohnehin seit Anfang des 20. Jahrhunderts als staatstragende Säule gehalten. An dieser Stelle rühmen sich einige Kirchenleute schon, wenn sie rhetorisch am neuen Leitbildbegriff des „gerechten Friedens“ festhalten. Im Horizont der Ökumene ist der Abschied von jeglicher Kriegstheologie längst eine Bekenntnisfrage.

VII. Die Friedenspraxis der Kirchen als Zeugnis der Glaubwürdigkeit

Aus den evangelischen Landeskirchen, katholischen Bistümern und ökumenischen Netzen ließen sich zahlreiche glaubwürdige Friedenszeugnisse anführen. Auch die kirchenamtlichen Texte weisen ihrer Tendenz nach in eine neue Richtung, die hoffnungsvoll werden könnte. In der Friedensfrage, so möchte ich als Fazit meiner Ausführungen dennoch festhalten, sind die deutschen Großkirchen bzw. Kirchenleitungen maßlos staatsfremd. Sie scheuen die Auseinandersetzung und bleiben z.B. weit hinter dem Mut mehrerer US-Kirchen zurück. Die *Substanz* ihrer Stellungnahmen entspricht nicht dem von den DDR-Kirchen übernommenen Leitbild des gerechten Friedens. Die Konsensbildung der Weltkirche bzw. der Ökumene wird im eigenen Land und gegenüber der eigenen Regierung nicht wirklich zum Ausdruck gebracht. Man will, so lese ich treffend in einem Beitrag aus den Reihen der EKD, „nicht bevormundend sein“ und

„zu irenischer Praxis auf allen Ebenen“ einladen. Man sollte lieber zum offenen Widerspruch einladen und – gelegen oder ungelegen – den Einfluss der Volksparteifunktionäre in den eigenen Reihen zurechtstutzen. Dafür ist es höchste Zeit.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen, meinte vor zweitausend Jahren Jesus von Nazareth. Sind die erkennbaren Früchte der kirchlichen Friedensbekundungen wirklich überzeugend? Werner Schultze schreibt z.B. in der Zeitschrift „Zivil“ (4/2005, 22): „Der EKD-Haushaltsplan für das Jahr 2005 weist Ausgaben für die Seelsorge in der Bundeswehr in Höhe von 11,3 Millionen aus. Die finanzielle Förderung der ‚vorrangigen Option‘ der Gewaltfreiheit beträgt dagegen inklusive der Seelsorge an Kriegsdienstverweigerern und Zivildienstleistenden – nur 1,25 Mio. Euro. Für Friedensarbeit wendet die EKD also lediglich rund 11 % der im Haushalt ausgewiesenen Ausgaben für die Ausgaben für die Seelsorge an Soldaten auf. Allein für die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit der evangelischen Militärseelsorge stehen mit 3,84 Mio. Euro etwa dreimal so viel Mittel zur Verfügung wie für die gesamte Friedensarbeit.“ Die Relationen im katholischen Raum sind vermutlich kaum anders. Ich halt es für legitim, Bundeshaushalt und Kirchenhaushalte gleichermaßen auch anhand der unterschiedlichen Budgets auf ihre Glaubwürdigkeit hin zu befragen.

Vor allem brauchen wir neben den überfälligen Voten unserer Kirchenleitungen eine neue aktive *Friedenspraxis* in den Amtskirchen, die bislang die Friedensfrage eher als Betätigungsfeld der „Laien“ oder spezieller Aktionsgruppen betrachten. Christen, die

gewaltfrei gegen Atomsprengeköpfe in unserem Land Widerstand leisten und dafür ins Gefängnis gehen, und Gemeinden, die Asylsuchenden und anderen Migranten gemäß ältester Glaubenspraxis Unterschlupf gewähren, müssen Rückhalt durch die gesamte Kirche erfahren. Vorbild könnten die Kirchen in der ehemaligen DDR sein, die ein Raum des Widerstehens waren – und keineswegs bloße Raumvermieter an oppositionelle Gruppen. Darüber hinaus sollte die enorme Bereitschaft innerhalb der Gesamtbevölkerung, etwas für den nahen und weltweiten Frieden zu tun, von den Kirchen als gesellschaftlicher Reichtum erkannt werden.

Literatur (Auswahl)

Bürger, Peter (2005): Hiroshima, der Krieg und die Christen. Düsseldorf: fiftyfifty 2005. [www.friedensbilder.de/christenkrieg]

Bürger, Peter (2006): Frühkirchlicher Pazifismus und „gerechter Krieg“ – Teil 1 bis 3. Ab März 2006 in Folge auf der Lebenshauswebsite: www.lebenshaus-ab.de/mt/archives/003636.html.

EKiR 2005 = Evangelische Kirche im Rheinland: Ein gerechter Friede ist möglich. Argumentationshilfe zur Friedensarbeit. Düsseldorf Juli 2005. (Zum Herunterladen im Internet: www.ekir.de – unter Service / Dokumente)

epd / Evangelischer Pressedienst: Die Ökumenische Dekade zur Überwindung von Gewalt und Artikel 16 der Confession Augustana. „Rechtmäßig Krieg führen“ oder „sich widersetzen“? epd-Dokumentation Nr. 52. Frankfurt 2005.

Huber, Wolfgang: Rückkehr zur Lehre vom gerechten Krieg? Aktuelle Entwicklungen in der evangelischen Friedensethik. In: Zeitschrift für Evangelische Ethik Heft 2, April-Juni 2005, 113-130.

Pausch, Eberhard Martin: Auf dem Weg zu einer neuen Friedensdenkschrift der EKD. Vortrag vor der Konferenz der leitenden Militärdokane am 8. Juni 2005. [unveröffentlicht; Kopie des Vortrags]

Schneider, Nikolaus: Ansprache über den Wochenspruch (Lukas 13,29) – Gottesdienst für den Frieden, Johanneskirche Düsseldorf, 27.1.2003 [nicht publizierte Auslage]

Kommando Spezialkräfte muss endlich aufgelöst werden!

Mein Besuch Mitte Juli 2006 beim Kommando Spezialkräfte in Calw verlief in freundlicher Atmosphäre, hat aber meine deutliche Kritik am Kommando Spezialkräfte bestätigt: Die Spezialtruppe KSK hat einen reinen Kampfauftrag und agiert de facto außerhalb parlamentarischer Kontrolle. Das KSK ist damit eine Truppe der Exekutive. Die Forderung nach sofortiger Auflösung dieser Elitekampftruppe ist dringender denn je.

KSK-Chef Brigadegeneral Rainer Hartbrod, der mich beim Kommando Spezialkräfte empfangen und begleitet hat, hat leider einige Kernfragen im Zusammenhang mit dem KSK nicht beantwortet. So dürfe er grundsätzlich keine Aussagen zu Einsätzen machen. Bezüglich der parlamentarischen Kontrolle des KSK sprach

Hartbrod davon, dass er nicht wisse, wie die parlamentarische Kontrolle genau ablaufe, er sich aber sicher sei, dass sie gesichert wäre. Es kann nicht angehen, dass der KSK-Chef Hartbrod nicht einmal sagen kann (oder darf?), wem gegenüber er über die aktuellen Einsätze berichtspflichtig ist.

Die Frage, was das KSK bei seinen Kampfeinsätzen mit Gefangenen macht, konnte mir Brigadegeneral Hartbrod ebenfalls nicht schlüssig beantworten. Dass Gefangene örtlichen Gerichtsbarkeiten oder Sicherheitsleuten übergeben würden, ist in Bezug z.B. auf Afghanistan wenig glaubwürdig. Was US-amerikanische Truppen, die auch den Oberbefehl bei der Operation Enduring Freedom innehaben, mit einigen Gefangenen machen (Stichworte: Bagram und Guantanamo), ist bekannt. Somit gibt

es einen (völkerrechtlichen) Graubereich, in dem das KSK operiert. Auch Brigadegeneral Hartbrod schloss nicht aus, dass es in kriegerischen Auseinandersetzungen zu Dingen kommt, die nicht sein sollten.

Die KSK-Einsätze werden vom „Kommando Führung Operationen von Spezialkräften“ (Kdo FOSK) in Potsdam geleitet. Dieses Kommando ist eine parallele Kommandozelle, parallel zur Leitung aller anderen Auslandseinsätze der Bundeswehr im Einsatzführungskommando.

Das politische Resultat meines Besuches beim KSK ist sowohl für mich, als auch für die Anti- und Friedensbewegung völlig klar: Wir müssen weiterhin auf die Auflösung des KSK hin arbeiten.

Tobias Pflüger